

Presseinformation

Banken-Arbeitgeber: Verdi-Vorschläge bedeuten Eingriff in Führungs- und Geschäftsentscheidungen

- **Ulrich Sieber: „Tarifpolitik kann nicht die Geschäftsabläufe regeln“**
- **Thomas Christian Buchbinder: „Beschäftigungssicherung darf nicht erschwert werden“**
- **Verhandlungen auf den 17. Mai vertagt**

Berlin, 19. April 2010. Die von der Gewerkschaft Verdi im ersten Termin der Tarifrunde 2010 geforderten Tarifregelungen zu Vertriebssteuerung und Gesundheitsschutz führen in die falsche Richtung, so die Banken-Arbeitgeber. Die Regelungen liefen auf einen Eingriff in Führungs- und Geschäftsentscheidungen hinaus. Das gelte insbesondere für die Forderung, betriebliche Kommissionen einzurichten, die nach dem Willen von Verdi „über alle Maßnahmen zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen“ entscheiden sollen. „Entscheidungen müssen die treffen, die auch für das Ergebnis verantwortlich sind – also die Geschäftsleitung“, sagte Ulrich Sieber, Verhandlungsführer der Banken-Arbeitgeber. Verdi wolle so zudem die betriebliche Zusammenarbeit neu regeln und führe damit die in Jahrzehnten bewährte Mitbestimmung ad absurdum.

„Tarifpolitik kann nicht die Geschäftsabläufe regeln, da dürfen wir keine falschen Erwartungen wecken“, sagte Ulrich Sieber. Verdi überfordere die Möglichkeiten der Tarifpolitik. Thomas Christian Buchbinder, Vorsitzender der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken, betonte: „Unsere Bemühungen als Arbeitgeber, in der angespannten Lage unserer Branche Beschäftigung zu erhalten, dürfen nicht durch gravierende betriebliche Belastungen erschwert werden. Unsere Mitarbeiter erwarten pragmatische und zügige Verhandlungen, um bald Sicherheit zu haben.“

„Kunden wollen bei Beratung und Produkten wählen können. Das ist das Herzstück der Bank. Und das muss deshalb jedes Institut auf seine Weise regeln“, so Ulrich Sieber. Die Arbeitgeber verwiesen erneut darauf, die Themen Vertriebssteuerung und Gesundheitsschutz hätten für sie hohe Bedeutung, seien aber zwingend mit maßgeschneiderten Konzepten auf der Betriebsebene zu gestalten. Zu beiden Themen sei eine Vielzahl von



Tarifgemeinschaft
Öffentlicher Banken

AGV Banken

Arbeitgeberverband
des privaten Bankgewerbes

gesetzlichen Vorgaben zu beachten, die keinen Raum für tarifliche Ergänzungen ließen.

Presseinformation

Beim Gehalt sehen die Banken-Arbeitgeber kaum Verteilungsspielraum und mahnen Lohnzurückhaltung an. Von den Unternehmen könne nur verteilt werden, was ihnen auch zufließe.

Berlin, 19. April 2010
Seite 2

Beim Thema Rationalisierungsschutz, das seit Mitte 2009 bereits Gegenstand von fünf gesonderten Verhandlungsrunden war, haben die Arbeitgeber überrascht darauf reagiert, dass Verdi trotz zuletzt konstruktiver Gespräche auf ihren Ursprungsforderungen beharrt. Die Arbeitgeber haben ihre Position bekräftigt, dass ein Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen auf der Tarifebene nicht in Frage kommt.

Darüber hinaus fordern die Arbeitgeber, die Regelung zur maßvollen Erweiterung der Samstagsarbeit wieder in Kraft zu setzen und die Rahmenregelung zu Langzeitkonten zu verlängern.

Die Verhandlungen werden am 17. Mai in Frankfurt/Main fortgesetzt.

Der AGV Banken führt die Tarifverhandlungen gemeinsam mit der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken. Die Verhandlungsgemeinschaft vertritt insgesamt rund 240.000 Beschäftigte.

Dem AGV Banken gehören rund 140 Institute (Großbanken, Regionalbanken, Pfandbriefbanken, Spezialbanken, Privatbankiers und Bausparkassen) mit 160.000 Beschäftigten an. Vorsitzender des AGV Banken ist Ulrich Sieber, Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG.

Der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken gehören 50 Mitgliedsinstitute des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) an, unter anderem Landesbanken, Förderinstitute, Bausparkassen und einzelne Sparkassen. Vorsitzender der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken ist Thomas Christian Buchbinder, Vorstandsvorsitzender der SaarLB.

Pressekontakt:

Carsten Rogge-Strang
Geschäftsführer im AGV Banken
carsten.rogge-strang@agvbanken.de
Tel. (030) 5 90 01 12-74

Dr. Stephan Rabe
Pressesprecher beim Bundesverband Öffentlicher Banken
presse@voeb.de
Tel. (030) 8192 16-0